Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

65 (19.3.1892) II. Blatt

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 18 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Kleiststraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 65, II. Blatt. Samstag, den 19. März 1892.

? Was Staatsrath Eisenlohr aus den Großherzoglichen Amtmännern und Oberamtmännern machen will.

(Zugleich ein Beitrag zur Charakteristik des „Tones", der unter Eisenlohr's Direktive in der Presse Platz greifen soll)

II.

Staatsrath Eisenlohr machte fühlen, daß er sich weit vorgewagt habe mit der ganz offenen und ungenirten Proklamirung eines eigentlichen Parteiregimentes; auch mochte er unter dem Eindruck stehen, daß es ihm an bestimmten Stellen eben doch verübelt werden könnte. Darin mag die Erklärung dafür zu suchen sein, daß er in der Abendsitzung des 23. Februar nicht gesagt haben wollte, was er in der Morgensitzung mit aller Deutlichkeit wirklich gesagt hatte, und sichtlich bemüht war, seinen sehr klaren Worten eine minder klare Färbung zu geben, indem er in Erwiderung auf Ausführungen des Abg. Muser sprach:

„Wenn ich mich nun zu dem letzten Theil der Ausführungen des Herrn Muser wende, so würde ich gewünscht haben, daß wenn er anerkennt, daß ich mich offen über die Stellung der Beamten bei den Wahlen aussprach, er doch nicht eine Beine Aenderung an dem vorgenommen hätte, was ich gesagt habe. Mir ist es fern gelegen, zu sagen, daß der Beamte die Aufgabe haben soll, eine Partei im Wahlkampfe zu unterstützen. Wer es weiß, wie der Wahlkampf geführt wird, der müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn er nicht möchte, daß der Kampf nicht etwa blos zwischen 2, 3 oder 4 Parteien geführt wird, sondern daß zum großen Theil die Schärfe und die Feindseligkeit gegen die Regierung gerichtet ist und gegen die Grundsätze, von welchen die Regierung sich leiten läßt. Es ist nicht nur der Kampf, der gegen die nationalliberale Partei geführt wird, sondern es ist der Kampf gegen die liberalen Anschauungen, von denen die Regierung sich leiten läßt. Und wenn der Kampf, der in Folge des allgemeinen Stimmrechts schon eine recht unerfreuliche Richtung angenommen hat, in dem Verleumdungen, Beschimpfungen, Verdächtigungen, Entstellungen über die Absichten der Regierung fort und fort wiederholt werden, so halte ich es allerdings für die Pflicht der Verwaltungsbeamten, derartigen Unwahrheiten mit Fügen entgegenzutreten und über die wirkliche Absicht der Regierung Aufklärung zu geben und zwar jeder in seinem Wahlbezirk und wo sein Amt ihn hinführt.

Das ist etwas Anderes, als wenn ich zugeben würde, daß der Beamte dazu da sei, eine bestimmte Partei im Wahlkampfe zu unterstützen. Er ist aber dazu da, das Ansehen der Regierung in der Hitze des Kampfes zu wahren und die Angriffe, die gegen die Regierung, nicht gegen eine Partei, gerichtet werden, zu bekämpfen. Daran werde ich festhalten und ich sage, daß ich auch bei den künftigen Wahlen daran festhalten werde."

Der Redner war hier sichtlich bemüht, möglichst abzuschwächen und das anders zu färben, was er vorher gesagt hatte. Das Urtheil darüber, ob und in wie weit es ihm gelungen ist, kann man getrost dem Leser überlassen.

Am 25. Februar kam die eigentliche Amtmännerdebatte. Seitens des Centrums wurde der Antrag gestellt, die von der Regierung angeforderten Mittel für sechs zweite Beamte bei verschiedenen Bezirksämtern zu versagen. Abg. Wacker begründete den Antrag damit, daß man die Eisenlohr'sche Erklärung über die Aufgabe der Amtmänner unmöglich gutheißen und eben darum auch nicht die Geldmittel dafür bewilligen könne, daß neue Stellen errichtet werden, deren Inhaber eine solche Aufgabe erfüllen sollen. Nachdem Abg. Wacker diesen Antrag in aller Kürze begründet hatte, sprach Staatsrath Eisenlohr wörtlich:

„Ich habe richtig zu hören, daß, was über meine Ausführungen gesagt wurde, sich nicht ganz genau an den Sachverhalt gehalten hat. Ich habe erklärt, daß der Bezirksbeamte berechtigt ist, sich gerade so an der Wahl zu betheiligen wie jeder andere Wähler. Das wird nicht bestritten werden können. Und ich habe gesagt, daß, wenn im Laufe der Wahlagitation Anschuldigungen gegen die Regierung ausgesprochen werden; wenn behauptet wird, daß die Regierung die und die verwerfliche Absicht habe — auf Beispiele bin ich gestern nicht eingegangen und werde auch heute nicht eingehen —, daß dann der Beamte verpflichtet ist, derartigen Behauptungen entgegenzutreten und zu sagen: das ist falsch; das ist unwahr. Ich halte also Alles, was ich gesagt habe, vollständig aufrecht. Und wenn ein Beamter in die Lage kommt, schriftlich eine derartige Thätigkeit äußern zu müssen, so ist es nur die Schuld derjenigen, welche solche Verdächtigungen und Unwahrheiten gegen die Regierung in Kurs setzen. Ich habe also hier durchaus gar nichts zurückzunehmen."

Und ziemlich gleich äußerte er sich in Erwiderung auf Ausführungen des Abgeordneten Muser, indem er wörtlich sprach:

„Der Herr Muser hat sich bemüht, uns Etwas klar zu machen, was ihm jedoch nicht gelungen ist. Es ist mir nicht eingefallen, eine generelle Billigung auszusprechen für das, was alle diese Beamten thun. Ich weiß ja nicht Alles, ich kann dies also nicht thun. Ich bin aber bereit, die Thatsachen zu prüfen und, wenn ich sie nicht billigen kann, dagegen einzuschreiten. Ich bedeute aber mit der größten Entschiedenheit, daß es zur Klarheit beiträgt, wenn man sagt: Ihr billigt Alles, was die Beamten in dieser Beziehung thun. Es ist nicht wahr; ich habe erklärt, es sei die Pflicht der Beamten, wenn bei der Wahl die Absichten der Regierung in falscher Weise dargestellt werden; wenn behauptet wird, die Regierung bezwecke dies oder jenes, während es nicht der Fall ist, die Beamten seien verpflichtet und seien Kraft ihres Amtes verpflichtet, diese Ausstreuungen zu bekämpfen. Und das halte ich für durchaus unanfechtbar. Und ich glaube, daß es in jedem Lande so gehalten wird und daß hier nicht eine Eigenthümlichkeit des Ministeriums Eisenlohr vorliegt, sondern daß auch alle anderen Ministerien ihre Beamten so anweisen."

In der Entgegnung auf eine zweite Rede des Abg. Wacker in der Debatte am 25. Februar fiel er einigermaßen wieder aus dieser etwas erkünstelten Rolle und proklamirte den Kampf auf Leben und Tod gegen das Centrum. Natürlich ist es in seinen Augen Pflicht der Amtmänner, mit aller Energie in diesen Kampf einzutreten. Er sprach wörtlich:

„Darüber befinden wir uns eben im Widerspruch: Sie halten das, was Sie verfechten, für das Interesse des Staates, des Landes, für das Wohl des Volkes dienlich; und ich halte das für verderblich: für verderblich für das Interesse des Landes und das Wohl des Volkes. **Und deßhalb trete ich Ihnen entgegen und suche Ihre Bestrebungen zu durchkreuzen, wo und wie ich kann. Das ist meine politische Aufgabe, Ihrer Partei entgegenzutreten, weil ich mit Ihnen in keinem Punkte übereinstimme.**

Wenn ich von Verleumdungen und Verdächtigungen gesprochen habe, so habe ich damit den Cultus dessen, was beim Wahlkampf vorkommt, durchaus nicht erschöpfen wollen. Wenn der Wahlkampf so geführt würde, daß man jedes Mal zum Staatsanwalt laufen und durch gerichtliches Urtheil den Sieg erfechten könnte, so wäre das vielleicht gut. Es kommen aber viele Fälle vor, wo man nicht zum Staatsanwalt gehen kann. Ueberhaupt ist dieses Mittel, den gerichtlichen Weg zu beschreiten, nach keineswegs das Angezeigte, um im Drange seiner Wahlperiode, wo es sich um ein paar Wochen handelt, den Gegner zu bekämpfen dadurch, daß man beim Staatsanwalt Strafantrag stellt, besonders wenn von der Anonymität Gebrauch gemacht wird und man sich hinter den Redakteur versteckt, ohne mit dem eigenen Namen hervorzutreten. Nein, es handelt sich nicht um strafbare Sachen, sondern um Behauptungen, die der Wahrheit zuwiderlaufen; wo von der Regierung Dinge behauptet werden, die sie durchaus nicht beabsichtigt und nie vorgehabt hat. Wenn dann der Beamte sagt: das ist nicht wahr; das ist nicht die Absicht der Regierung — beispielsweise: es ist nicht die Absicht der Regierung, die Katholiken zu Staatsbürgern zweiter Klasse herunterzudrücken, wenn sie nicht sämmtliche Ansprüche der ultramontanen oder Centrumspartei erfüllt, so ist das Etwas, was nicht beim Staatsanwalt verfolgt werden kann, sondern nur im Wege der Diskussion aufgetragen wird. Ob das in der Versammlung geschieht, in der der Herr Wacker das Wort führt oder anderswo, das ist Nebensache; das ändert an Allem, was ich gesagt habe, gar Nichts. Ich habe nicht von gerichtlich strafbaren Dingen gesprochen, sondern von jenen Behauptungen, bei welchen das Interesse des Staates und der Regierung verlangt, daß ihnen widersprochen und entgegengetreten wird. Und ich kann nur wiederholen, daß überall, nicht blos in Baden, das als eine Aufgabe der politischen Verwaltungsbeamten angesehen wird."

Das ist der volle Wortlaut der verschiedenen Erklärungen Eisenlohr's in den Debatten am 23. und 25. Februar. So sehr der Herr bemüht war, seine ersten Erklärungen abzuschwächen, bleibt doch unumstößliche Thatsache, daß er inhaltlich genau gesagt hat, was der „Bad. Beob." und ihm folgend die „Germania" behauptet hat.

Das wird auch bestätigt durch die Erklärungen verschiedener nationalliberaler Redner, die theils die Erwartung aussprachen, daß die Amtmänner noch mehr als bisher an der Wahlagitation zu Gunsten der nationalliberalen Partei sich betheiligen werden, theils ihre hohe Befriedigung äußerten über Eisenlohr's Erklärungen. Die beiden Oberbürgermeister von Heidelberg und Baden-Baden befleißigten sich auf dem gegenwärtigen Landtage einer verhältnißmäßigen Zurückhaltung, wie wenn sie nicht alle Brücken hinter sich verbrennen wollten. Diesem Umstande ist es wohl zuzuschreiben, daß Gönner als Berichterstatter nur das Folgende sprach:

„Ich glaube, das kann man keiner Regierung zumuthen, daß sie politische Gegner in Verwaltungsstellen bringt und daß diese gleichwohl noch die Aufgabe erfüllen sollen, die Verwaltung einheitlich zu dirigiren. Es mag am Ruder sein eine Regierung welche immer wollte, so wird sie das Bestreben haben, an den Verwaltungsstellen Leute zu haben, welche ihrer Richtung zugewendet sind und welche die Regierung auch in diesem Sinne vertreten."

Die beiden „Agrarier" Frank und Klein-Wertheim hielten merkwürdige Reden. Der erstere sprach ziemlich deutlich seine Ansicht dahin aus, daß die Amtmänner die vom Centrum mißbilligte politische Thätigkeit unterlassen sollten. Der letztere dagegen klagte ganz rührend über die politische Bedeutungslosigkeit der Amtmänner im Vergleich zu den katholischen Pfarrern und wünschte eine Aenderung zum Besseren (im nationalliberalen Sinne). Er sprach wörtlich:

„Der Herr Wacker hat sodann das Verhältniß der Bezirksämter geschildert in einer Weise, die mich erstaunt hat. Ich weiß nicht, ob er dort so viel verkehrt wie ich; aber ich habe viel mit diesen Leuten verkehrt und habe eine ganz andere Anschauung. Er sagte, daß die Bezirksbeamten nichts Anderes thun, als politische Agitation treiben, daß die Bezirksbeamten dazu aufgestellt werden, um die katholischen Pfarrer zu kontrolliren und Bericht über sie abzugeben.

Das ist mir vollständig neu. **Meiner Ansicht nach treiben die Bezirksbeamten viel zu wenig politische Agitation."**

Diese beiden Herren waren naiv genug, der Kammer weiß machen zu wollen, daß die Amtmänner gar nicht politisch thätig seien. Beide sind nämlich bis jetzt noch von keinem in politische Bearbeitung genommen worden.

Anders lautete die Sprache der Herren Kiefer und Fieser. Noch ehe Staatsrath Eisenlohr das Wort ergriffen, sprach der erstere:

„Der Liberalismus, d. h. die bürgerfreundlichen freien Regierungen, das sind die Regierungen unserer Zeit und aus diesem Grunde sage ich: wenn es einen Fehler gibt, den unsere badische Regierung in den vergangenen Jahren begangen hat, so ist es der, daß sie nicht genug gerade politisch thätig war im Volke draußen. . . . . .

Mich hat es gefreut, daß jene Veröffentlichung*) erfolgt ist und ich habe keinen Grund, sie zu tadeln. M. H.! Sie mögen das noch so scherzhaft finden, ich wünsche, daß für die Zukunft die Regierung ebenso direkt sich noch viel schärfer und sicherer ausspricht, was sie will, und wir werden stets an ihrer Seite sein, weil wir überzeugt sind, daß sie im Recht ist. . . . . .

Ich wünsche nun von der Regierung, zu der vorderhand noch die Mehrheit der badischen Volksvertretung steht, sie möge energisch und mit Thatkraft dem Volke gegenüber Alles thun, auch in politischer Hinsicht, was dazu führt, um das Volk aufzuklären über die politische Lage, namentlich um es von den Mißverständnissen und Irrthümern zu befreien, die ihm von Kerikaler Seite, hie und da auch mit Erfolg, gepredigt werden, andererseits aber auch ohne Erfolg beigebracht werden wollen, als bleibende Ueberzeugung. Das werden Sie aber nicht erreichen, das ist ein Unternehmen, gegen das die Geschichte und das Wesen unseres Volkes spricht. Und, m. H., ich hoffe, daß diese Wahrheit die nächste sein wird, die Sie kennen lernen und an sich selbst erfahren müssen."

*) Des bekannten Glückwunschschreibens.

Diese Sprache läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie sagt uns zugleich, welchen Sinn und welche Bedeutung die Eisenlohr'schen Erläuterungen nach der Auffassung und den Erwartungen der Nationalliberalen haben.

Womöglich noch deutlicher hat der Abg. Fieser es ausgesprochen, indem er nach den Erklärungen Eisenlohr's bemerkte:

„Ich freue mich heute, daß ich nach langen Jahren wieder einmal frisch und deutlich von der Regierungsbank herunter Grundsätze habe aussprechen hören, wie ich sie wirklich gehört habe. Wir haben in den letzten Landtagen mit dieser Deutlichkeit und Kraft sie nicht gehört. Es ist das eine Veranlassung für uns, wenn Sie ein Mißtrauensvotum in diese Diskussion hereinwerfen, diese Diskussion nicht zu schließen, ohne unsererseits zu erklären: Gerade das, was Sie dazu bringt, dem Ministerium Mißtrauen zu zeigen, gerade, was der Herr Minister von der Regierungsbank aus Ihnen entgegnete, ist der Grund, warum wir heute laut und deutlich dem Ministerium unser Vertrauen aussprechen."

Damit ist dem Publikum das ganze Material zur Verfügung gestellt. Wer sich ohne Voreingenommenheit an die Prüfung desselben macht und lediglich der Wahrheit die Ehre geben will, der muß anerkennen, daß Staatsrath Eisenlohr den ihm unterstellten Amtmännern in der That die Aufgabe und Pflicht zugeschoben hat, mit aller Energie und Ausdiätung ihrer amtlichen Autorität für das Zustandekommen nationalliberaler Wahlsiege einzutreten.

Deutschland.

Berlin, 17. März.

Wie man hört, beabsichtigt der Kaiser, sich demnächst auf einige Tage zu seiner Erholung nach Schloß Hubertusstock zu begeben, wo zu seinem Empfange bereits die erforderlichen Vorbereitungen getroffen sind. Der Kaiser wird nur das kleine Gefolge mit sich führen, darunter auch den Leibarzt Professor Leuthold.

— Heute Vormittag 11 Uhr fand im königlichen Schlosse unter Vorsitz des Kaisers ein Kronrath statt, dem sämmtliche Minister beiwohnten. In demselben soll es sich, wie der „Post" aus parlamentarischen Kreisen mitgetheilt wird, um das Volksschulgesetz, wie die „Kreuzzeitung" sagt, um den Welfenfonds gehandelt haben. Die „Freisinnige Zeitung" aber schreibt: Wir wollen aber nicht verschweigen, daß man auch von einer neuen abermaligen Erhöhung der Krondotation spricht, welche vorbereitet werden soll.

— Der Bundesrath-Ausschuß genehmigte das Weingesetz, welches sofort dem Plenum des Bundesraths zugeht.

— Die „National-Zeitung" theilt mit, auf Anordnung des Handelsministers studiren staatliche Berg-, Hütten- und Salinenbeamte hier die Anlagen der Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen.

— Den „Berl. Pol. Nachr." zufolge ist der Höhepunkt der rückläufigen Bewegung der Finanzen noch keineswegs erreicht, darum sei es nothwendig, die größte Beschränkung in den Staatsausgaben eintreten zu lassen.

— Gestern Nachmittag fanden wiederum Verhaftungen von Anarchisten statt. Unter denselben befindet sich ein Metalldreher und ein Schriftsetzer; anarchistische Flugblätter und Zeitungen wurden beschlagnahmt.

— Die Welfenfonds-Vorlage. Die liberale Presse ist sehr unzufrieden damit, daß die Vorlage die Aufhebung der Beschlagnahme einer königlichen Verordnung vorbehalten will, statt sie durch Gesetz erfolgen zu lassen. Das beeinträchtige die Rechte der Volksvertretung und könne zu bedenklichen Konsequenzen führen, falls die weiteren Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland zunächst doch noch ergebnißlos verlaufen. Die Krone hätte dann „für alle Zukunft die Vollmacht, ohne Mitwirkung des Landtags, vielleicht unter Verhältnissen, welche jetzt Niemand voraussieht, die Beschlagnahme einseitig aufzuheben." Bei dem Gesetze von 1869 scheute man sich keineswegs, der Regierung freie Hand in der Verfügung der Einkünfte aus dem Welfenfonds zu überlassen. Freilich entschied damals Bismarck, während jetzt der Kaiser entscheidet; und das ist „ganz was anders". Wenn die gebrannten Volksvertreter jetzt das Feuer scheuen, so ist das ja ein löbliches Zeichen von ihrer Lernfähigkeit; allein es steht zu vermuthen, daß man für den Landtag nur deßhalb die Mitwirkung bei der Regelung der Welfenfondsfrage fordert, um der Großmuth des Kaisers Steine in den Weg zu wälzen und dem kleinlichen Haß gegen die „Welfen" durch lästige und chikanöse Klauseln noch einige Genugthuung zu bereiten und der Gerechtigkeit möglichst Abbruch zu thun. Die Liberalen werden sich jedenfalls alle Mühe geben, den Gesetzentwurf an eine Kommission zu verweisen und dort abzuändern. Die „Nat.-Ztg." will bereits „Grund zu der Annahme" haben, daß ihnen dies auch gelingen werde. Inzwischen ist die Presse befleißigt, die Gesinnung des Herzogs noch rasch zu verdächtigen. Der bekannte Historiker und Konvertit Onno Klopp soll einen Leitfaden für den Unterricht in der deutschen Geschichte für den ältesten Sohn des Herzogs verfaßt haben. Man weiß vorläufig weder, ob das wahr ist, noch was in dem Leitfaden steht; aber der Name Onno Klopp genügt den Herren vollständig, um die deutsche Gesinnung des Herzogs zu verdächtigen. Von derselben Güte ist die Nachricht, daß die Oberaufsicht über die Erziehung des Sohnes des Herzogs auf besonderen Wunsch der Königin Marie dem „welfischen Historiker" nicht ertheilt worden sei, weil Klopp zum Katholicismus übergetreten ist. Es scheint in der That, als ob die Kostgänger des Reptilienfonds noch einmal alles Gift ausspeien wollen, nachdem der Futtertrog ihnen für alle Zeiten entzogen ist. Angesichts des liberalen Treibens kann man eigentlich froh sein, daß den kleinlichen Seelen die Mitwirkung an den weitern Schicksalen des Welfenfonds entzogen werden soll, wenn auch keine Gefahr vorliegt, daß für ihre Absichten eine Mehrheit sich finden könnte. Die „Kreuzzeitung" theilt gegenüber den Verdächtigungen der deutschen Gesinnung des Herzogs ein Schreiben aus dem Jahre 1888 mit, in welchem bekundet wird, daß der Herzog seiner lebhaften Freude und Befriedigung darüber Ausdruck gegeben habe, daß deutscher Patriotismus durch Errichtung eines Denkmals an den Sieg zu erinnern bestrebt sei, den das deutsche Heer unter dem Oberbefehl des Herzogs Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg am 11. August 1675 bei Trier (Consarbrück) über die Franzosen errungen hat. Der Herzog spendete zu dem Denkmal 1000 M. Die „Kreuzzeitung" erinnert ferner daran, daß das deutsche Fürstenhaus, dem der Herzog angehört, viele seiner Söhne für Deutschlands Ehre auf dem Schlachtfelde verbluten sah, daß die ersten beiden preußischen Königinnen und Deutschlands zweite Kaiserin jenem Hause entsprossen sind, und daß König Georg und Kaiser Wilhelm I. jenem Schwesterpaar entstammen, das nun in den Mausoleen von Charlottenburg und Herrenhausen ruht.

Chemnitz, 17. März. Im 22. sächsischen Wahlkreise wurde Hoffmann (Socialist) gewählt. Er erhielt 11,721 Stimmen gegen Kramer (nationalliberal) 8657 und Förster (Antisemit) 2312. Das Resultat aus sechs unbedeutenden Orten fehlt noch. (Das wäre also der 36. Socialdemokrat im Reichstag.)

Darmstadt, 17. März. Das Leichenbegängniß des Großherzogs hat unter großer Betheiligung der Bevölkerung stattgefunden. Die Familienmitglieder, die Fürstlichkeiten, die Mitglieder der Diplomatie und die Militärabordnungen begleiteten den Sarg nach der Rosenhöhe, wohin die Kaiserin Friedrich mit den Prinzessinnen schon vorausgefahren waren. Ein Geistlicher segnete die Leiche ein. Dann wurde sie unter Salven in die Gruft gebracht. Beim Hineintragen sangen zwei Gesangvereine.

Ausland.

Wien, 17. März. In diplomatischen Kreisen wird stündlich das Auflösungsdekret der griechischen Kammer erwartet.

Luzern, 17. März. Der große Rath hat mit 87 gegen 28 Stimmen das Begnadigungsgesuch des zum Tode verurtheilten Mörders Gatti abgelehnt. Damit findet seit Jahrzehnten in der Schweiz zum ersten Mal wieder eine Hinrichtung statt.

Paris, 17. März. Wie der „Temps" mittheilt, wurde vergangene Nacht eine Persönlichkeit verhaftet, welche beschuldigt ist, die Explosion an der Kaserne der Garde Republicaine veranstaltet zu haben. Außerdem wurde ein Anarchist festgenommen, welcher die Posten vor der Kaserne beschimpfte. Zahlreiche Personen erhielten Drohbriefe. Unter anderen wurden der Jockeyklub und der Maire des 9. Arrondissements mit solchen Zuschriften bedacht. Letzterem wurde angekündigt, morgen werde sein Dienstgebäude in der Rue Drouot sowie das dort gelegene bekannte Auktionslokal in die Luft gesprengt werden, an mehreren Orten fanden sich Packete mit Patronen. Man glaubt, daß die Anarchisten sich derselben entledigen wollten. Der Wirth einer Weinkneipe hinter der Oper, der deutsch versteht, soll der Polizei die Mittheilung gemacht haben, zwei Männer hätten gestern Abend vor seiner Wirthschaft in deutscher Sprache bemerkt, die Oper sei jetzt an der Reihe, in die Luft gesprengt zu werden.

Loubet machte im heutigen Ministerrath Mittheilungen, woraus hervorgeht, daß die bei den Anarchisten vorgenommenen Haussuchungen nicht resultatlos waren. Die Verhaftungen werden aufrechterhalten.

Der Kriegsminister beschloß in Uebereinstimmung mit der Armeekommission die proportionale Verabschiedung der Offiziere nach 30jähriger Dienstzeit; vorläufig jährlich 200, dieselben bleiben jedoch noch 10 Jahre zur Disposition.

Brüssel, 17. März. Infolge abermaliger 15prozentiger Lohnkürzung sind 1000 Bergarbeiter in vier Zechen von Herne ausständig.

Lüttich, 17. März. In vergangener Nacht wurde am Eingange des Hauses, wo der mit der Dynamitaffaire Ongrez beschäftigte Präsident des Assisenhofes wohnt, eine Dynamitpatrone niedergelegt, aber entdeckt, bevor sie explodirte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

London, 17. März. Gestern fand ein Meeting des Bergarbeiterbundes statt. Anwesend waren 50 Delegirte. Der Vorsitzende Sam Woods legte nach Entgegennahme der Mandate die Berichte über den Streik vor, darnach streiken insgesammt, eingerechnet die Unbeschäftigten, 400,890 Kohlenarbeiter. Heute fand eine Konferenz statt. Der von dieser gefaßte Beschluß besagt, da der Zweck der Arbeitseinstellung erreicht sei, nehmen alle dem Verbande angehörigen Bergleute am Montag die Arbeit wieder auf.

Petersburg, 17. März. Der „Graschdanin" meldet, daß das französische Kapitalistenkonsortium, dessen Vertreter noch in Petersburg weilen, alle Aussicht habe, die Konzession für den Bau der sibirischen Eisenbahn zu erlangen.

Ueber die Lage des verkrachten Hauses Günzburg wird berichtet: Den Passiven von 15 bis 20 Millionen stehen gegenüber 10 Millionen leicht realisirbarer, 5 Millionen schwer realisirbare Aktiva. Die Ausschüttung einer namhaften Quote ist wahrscheinlich.

Warschau, 17. März. Der Stadtrath verhandelt mit den Hausbesitzern betr. Unterbringung größerer Truppenkörper.

Rom, 17. März. Bei der Etatsdebatte in der Kammer wurde die Rede Giolittis lebhaft applaudirt. Derselbe sagte, das Gleichgewicht in der Finanzlage sei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nicht fern. Redner wünschte eine endgiltige Regelung der Bahnbauten und des Heeres, sowie der Krise der Stadt Rom. Italien dürfe von jetzt ab nur noch Hammer sein, wozu es auf eigenen Füßen stehen müsse. Die Leiden der Hauptstadt wirkten zurück auf das ganze Reich. Man dürfe nicht, um einen Lire zu sparen, hundert verlieren und die Ehre dazu.

Der Schatzminister will besondere Maßregeln zur Bekämpfung der Kursspekulation ergreifen. Die hiesigen Blätter halten dafür, daß sich diese als fruchtlos erweisen dürften, so lange die italienischen Kapitalien massenhaft in Rente angelegt seien.

Die Tiberfluth ist vorbei.

Kopenhagen. 17. März. Nach längeren Verhandlungen haben die Rechte und die gemäßigte Linke des Reichstags mehrere Beschlüsse gefaßt, betreffend die Gehaltsverhältnisse an der Universität, den Gelehrtenschulen und der Ackerbauhochschule; sowie eine Erhöhung der Zuschüsse an den Hochschulen auf etwa das Doppelte und über Krankenkassen mit Staatszuschuß.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 16. März.

Der Reichstag war bei der heutigen Fortsetzung der dritten Lesung der Novelle zum Krankenkassengesetze anfangs schwach, später ziemlich gut besetzt.

§ 6a spricht u. A. den Gemeinden die Befugniß zu, bei Krankheiten in Folge geschlechtlicher Ausschweifungen das Krankengeld zu versagen oder zu kürzen.

Ein Antrag des Abg. Dr. Hirsch, diese Bestimmung zu streichen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Dagegen wurde ein Kompromißantrag angenommen, wonach das Krankengeld denjenigen entzogen oder gekürzt werden kann, durch eine mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung (nach den Beschlüssen 2. Lesung „Betrug") geschädigt haben.

Die §§ 7—26 wurden nach den Vorschlägen der freien Kommission bezw. den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Bei § 26a, der von der Ueberversicherung rc. handelt, wurde ein Antrag des Abg. Grillenberger auf Streichung des Paragraphen abgelehnt, dagegen ein Kompromißantrag angenommen, wonach das Kassenstatut auch bestimmen kann, daß die Unterstützungen statt nach den durchschnittlichen Tagelöhnen in Procenten des wirklichen Arbeitsverdienstes der einzelnen Versicherten festgelegt werden, soweit dieser 4 M. den Tag nicht übersteigt.

Die §§ 27—55 wurden ohne erhebliche Debatte nach den Kompromißanträgen erledigt.

Morgen Fortsetzung.

Berlin, 17. März.

Der Reichstag beräth die Krankenversicherungsnovelle. Es entspinnt sich eine mehrstündige Debatte über § 56a mit dem Amendement v. Stumm, wonach eventuell andere als von der Krankenkasse bestimmte Aerzte zuzulassen sind. Ein Antrag v. d. Schulenburg, der ausführlich befürwortet wird von den Abgg. v. Meyer und Möller, will Nichtärzte, also auch die sogenannten Naturärzte, nur auf ärztliche Verordnung oder in dringenden Fällen zulassen. Die Abstimmung ergibt die Anwesenheit von 237 Mitgliedern, der Antrag wird abgelehnt und der Paragraph mit dem Amendement v. Stumm angenommen. Ohne erhebliche Debatte werden die folgenden Paragraphen bis 73 erledigt. Bei § 74 legen die Abgg. Stötzel und Szmula die Mißstände bei den Knappschaftskassen dar. Der § 75 behandelt das Verhältniß der freien Hilfskassen zu den Zwangskassen; er wird angenommen unter Ablehnung des Antrages Hirsch (freis.), der den Hilfskassen gewisse Vorrechte einräumen will. Nächste Sitzung findet Freitag statt, auf der Tagesordnung steht das Gesetz über Krankenkassen und Wahlprüfungen.

R. Religion und Naturwissenschaft in den letzten fünfzig Jahren.

Ueber dieses Thema hielt am Mittwoch Abend im hiesigen großen Rathhaussaale Herr Prof. Dr. Moser vor einer gewählten Zuhörerschaft den mehrmals in diesem Blatte angekündigten Vortrag. Von denjenigen, welche sich nur einigermaßen für den gewählten Gegenstand interessirten — und wer sollte das nicht in dieser Zeit der auf dem Darwinismus basirenden Sozialdemokratie? — war dieser kritischen Beleuchtung mit Spannung entgegengesehen worden, wenn auch in einigen Gemüthern leise Bedenken aufsteigen wollten, als ob die Ausführungen vielleicht zu gelehrt, also unverständlich und demgemäß langweilig werden könnten. Wie schwerfällig schreiten ja die Gelehrten meistens einher und welche Qual ist es, eine Fluth von tönenden Worten, von klingenden Phrasen über sich ergehen lassen zu müssen, für die das Verständniß fehlt und die keine andere Wirkung erreichen, als daß der arme Kopf ob des nicht enden wollenden Gebrauses ganz dumm und stumpf wird. Aber davon war bei dem Vortrage des Herrn Prof. Moser nichts zu merken. Wohl behandelte er ein gelehrtes Thema, er begann mit der Philosophie Kant's, ging dann über Fichte und Schelling hinweg zu Hegel über, um dessen dunkle „Offenbarungen" näher zu beleuchten, zeigte an den Aeußerungen Ludw. Feuerbachs, wie der reine Materialismus zum Ausdruck kam, verfolgte dessen Triumphzug, um dann schließlich mit der gänzlichen Bankerott-Erklärung desselben die unumstößliche Wahrheit des Christenthums glänzend zu erweisen. Gewiß, dieser Streifzug ging ja durch ein hochgelehrtes Gebiet, aber der Redner hüllte seine Ausführungen in ein so glänzendes, farbenreiches Gewand, er sprach in einem so anziehenden, heitern Tone, daß man die Tiefe des Themas kaum bemerkte und mit spielender Leichtigkeit über dieselben hinweggehoben wurde. Es war anscheinend kein Philosoph, der auf hohem Kothurne vor uns stand, es war ein anziehender, pikanter, witziger Feuilletonist, der die tiefsten Wahrheiten wie funkelnde Edelsteine auseinanderbreitete, so daß sie nach allen Seiten ihre Strahlen warfen. Es herrschte deshalb auch keine Langweile im Saale, sondern reges Interesse, animirte Stimmung und stellenweise große und anhaltende Heiterkeit, die dann zum Schluß bei der Antwort auf die ergreifende Frage: Wohin sollen wir gehen, in andächtige mächtige Bewegung überging.

Aber lassen wir jetzt den Gedankengang des Vortrags selbst folgen.

Redner begann, wie bemerkt, nach einer Einleitung über den menschlichen Geist und die menschlichen Ideen, sowie über den feindseligen Charakter der letzteren gegen die Religion, mit einer kurzen Darlegung des jetzigen Standpunktes der Naturwissenschaft, welche die Signatur des Materialismus trüge. Der letztere habe stets den Satz vertreten: Alles was ist, ist nur Natur und die Natur ist das All. In den Hauptfragen, die das Menschengeschlecht beschäftigen: Woher kommt die Welt? wohin zielt die Welt und die Menschheit insgesammt? hielte der Materialismus die Religion für überwunden und die Naturwissenschaft für berufen, an ihre Stelle zu treten. Um diesen feindseligen Standpunkt zu erklären, erläuterte Redner das auf den Ideen von Kant Fichte und Schelling beruhende System Hegel's, das freilich mit der Wirklichkeit und mit dem schlichten Menschenverstande nur noch geringen Zusammenhang hat. Kant hatte den Satz aufgestellt, daß die menschliche Erkenntniß durch die Sinne zu Stande komme und durch angeborene aber gänzlich unkontrolirbare Formen unserer Vernunft. Da nun jedes Ding einem jeden anders erscheint, folgert Kant: wir sehen die Dinge nicht, wie sie sind, übertreibt diese Wahrheit aber, indem er sagt: wir sehen an den Dingen nicht das, was sie sind; wir sehen nur eine Erscheinung, ein Abbild von einem Dinge, das Ding an sich sehen wir nicht. Diese Uebertreibung Kant's wurde nun von Fichte, Schelling und schließlich Hegel immer weiter übertrieben, bis dieser letztere zu dem Satze kam: es gibt keinen Gott im gewöhnlichen Sinne des Wortes, es gibt nur eine allgemeine absolute Idee, die sich immerfort verwirklicht in der Natur und im Menschen, in welchem sie zugleich zum Selbstbewußtsein gelangt. Jeder Mensch ist nur ein Ausfluß dieses allgemeinen Weltgeistes, er ist ein Stück Gott, man kann sagen, er ist Gott. Nach solchen Sätzen ist es freilich kein Wunder, wenn Ludwig Feuerbach, Hegels berühmter Schüler, bald nach dem Tode des Meisters weiter folgerte: Wenn der Mensch Gott ist und wenn alle Dinge nur noch die Ausgestaltungen der absoluten Idee sind, von der man doch gar nichts weiß, so muß man sich auch nicht mit solchen Dingen plagen, dann muß man bei dem Menschen stehen bleiben und das an ihm studiren, was man sehen kann, also seinen Körper. Dieser Satz fand sofort allgemeine Zustimmung, besonders von Seiten der Naturforscher. Mit Begriffen und Wortspielen, sagten diese, wie Hegel sie aufstellte, ist nichts anzufangen, wir haben uns nur mit der Wahrheit zu befassen; wahr ist aber nur, was sonnenklar ist, sonnenklar ist aber nur das Sinnliche.

Damit ist der vollkommene Materialismus proklamirt. Die Bahn ist frei für den Siegeslauf eines Buches wie Büchner's Kraft und Stoff und die auf dieses folgenden Werke, z. B. Moleschott's Kreislauf des Lebens, Vogt's Köhlerglauben und Wissenschaft, und Bilder aus dem Thierleben rc. rc. Hauptsache bei allen diesen Werken war nicht die Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse, sondern der Nachweis, daß die Idee vom Dasein Gottes, von der Freiheit des Willens und der Unsterblichkeit der Seele, sich überlebt hatte.

Dieser das christliche Denken, ja die christliche Idee vollständig negirende Materialismus, gewann eine ungeheure Verbreitung, bedingt durch die Fortschritte in den Naturwissenschaften, die freilich im Zeitraum von wenigen Jahren, staunenerregend waren. Robert Mayer entdeckte 1842 das Gesetz von der Erhaltung der Kraft, wonach man die Wärme in Bewegung und die Bewegung in Wärme verwandeln kann und wodurch der ewige Kreislauf der Materie gesichert sei. Dubois Reymond beweist 1848, daß bei jedem Lebensorgan im Muskel elektrische Ströme wirksam werden, was natürlich zu der Annahme führte, daß die Lebenskraft auf elektrische Vorgänge zurückzuführen sei. Bald darauf stellt Helmholtz das Gesetz von den spezifischen Sinnesenergien fest, Frauenhofer verfertigt seine wunderbar verbesserten astronomischen Apparate, Bunsen und Kirchhoff machen die großartige Entdeckung der Spektralanalyse, mikroskopische Apparate von früher ungeahnter Stärke ermöglichen das Eindringen in den Bau und das Leben der Pflanze, Justus Liebig führt seine wunderbaren Arbeiten aus, der elektrische Telegraph verbindet die durch ein Meer getrennten Erdtheile — was Wunder, daß die Gelehrten Alles für möglich halten, daß sie davon träumen, die Wunder der Schöpfung bald ihrer Eigenschaft als Wunder zu entkleiden und sie als einfache mechanische Vorgänge hinzustellen.

Eins nur fehlte noch zum vollkommenen Triumphe: der Ursprung des Menschen lag noch im Dunkeln. Zwar war es keinem Materialisten zweifelhaft, daß dieser Ursprung im Thierreich zu finden sei, wie ja schon Karl Vogt das Menschenmögliche in Hypothesen über die Umbildung des Affen zum Menschen geleistet hatte. Aber immer noch hatte die Sache ihre großen Schwierigkeiten. Da trat Darwin auf mit seinem berühmten Werke „Ueber die Entstehung der Arten", worin er an der Hand eines großartigen, mit stupendem Fleiße gesammelten Materials zeigte, daß durch den „Kampf um's Dasein" und durch die Erblichkeit von zufällig auftretenden günstigen Abänderungen eine natürliche Auslese und ein Ueberleben des Passenden stattfinde, wodurch also die seither unverständliche Umänderung der Arten plötzlich klar wurde. Daß Darwin das, was er beweisen wollte, nicht bewiesen hat, ist hier gleichgiltig; den Zeitgenossen schien es aber damals so. Aber noch zog Darwin nicht den letzten Schluß aus seinen Darlegungen; dies that er erst 1874 in dem Buche „Ueber den Ursprung des Menschen". In Deutschland aber wartete man dies nicht ab. Häckel in Jena unternahm sofort den letzten Schritt und er that dies mit dem ganzen Ungestüm der Jugend und mit der ganzen Rücksichtslosigkeit, ja Blindheit des Fanatikers. Eine gewaltige sogenannte populär-wissenschaftliche Literatur — die aber meist sehr unwissenschaftlich war — senkte sich jetzt wie eine schwarze Wolke auf das deutsche Volk herab. Dies war der Höhepunkt, dem aber bald der Niedergang, die Ernüchterung von dem Taumel folgte. Der naive Materialismus machte nach 25jähriger Herrschaft einem ausgesprochenen Skepticismus Platz. Die Detailforschung zeigte nämlich, daß die besten Methoden und die vorzüglichsten Instrumente uns nichts über das eigentliche Wesen der Dinge zu sagen wissen. Während man z. B. der Ansicht war — und Häckel hat seine ganze Lehre von der Urzeugung darauf gestützt — das Protoplasma, d. h. der Grundstoff der Zelle sei eine ziemlich einfache Substanz, eine chemische Verbindung, die man als Eiweiß bezeichnete, wiesen Reinke und Rodewald in Göttingen in den Plasmodien der Lohblüthe allein 39 verschiedene Stoffe nach. Jetzt stand man wieder vor dem Unmöglichen. Die früher so hochgeschwellten Hoffnungen sanken rapid. Die Lehre von den Atomen wurde aufgegeben, Dubois Raymond hielt auf der Naturforscherversammlung in Leipzig seine große Rede, in welcher er das Geständniß machte: wir wissen nichts und werden nichts wissen, — ignoramus, ignorabimus, — worauf später, 1878, noch die Rede Virchow's folgte, man solle keine Hypothesen für Wissenschaft ausgeben, — die vornehmen Geister zogen sich von der Bewegung zurück, stellten die neue Theorie des Monismus auf — kurz die ganze Sache war bankerott. Und der christliche Glaube, die christliche Anschauung erschienen wieder in vollem Glanze. Werfen wir, die gläubigen Christen, die Frage auf: Wohin gehen wir, so haben wir auch darauf die Antwort: „Zu Dir, o Herr, Du hast Worte des ewigen Lebens."

Dies ist ein dürftiger Auszug aus den interessanten Ausführungen, der leider nichts von den leuchtenden Farben besitzt, die der Redner selbst seinem Vortrage verlieh. Aber sie zeigen doch, welch ein gewaltiges Gebiet von Herrn Professor Moser behandelt wurde und mit welcher Meisterschaft er seinen Stoff beherrschte. Der nächsten Mittwoch folgende Vortrag „Das Lebensräthsel und der Materialismus" wird uns weitere geistvolle Aufschlüsse bringen. Wir sehen demselben mit großer Spannung entgegen.

Baden.

** **Karlsruhe,** 17. März. Die Ueberlinger Eisenbahnfrage kann nunmehr als erledigt betrachtet werden. Heute Abend war Finanzminister Ellstätter mit Geheimen Oberfinanzrath Zittel in der Budgetkommission. Der Minister sprach sich über die Stockacher Projekte, über die sogenannte Thallinie wie auch über die Linie Stockach-Ludwigshafen gerade so aus wie acht Tage zuvor sein Rath Zittel: absolut ablehnend. Dagegen machte er weitergehende für den Bezirk Ueberlingen höchst erfreuliche Eröffnungen bezüglich der Fortsetzung und Vollendung der Linie Stahringen-Ludwigshafen. In seinen Augen ist es selbstverständlich, daß eine Eisenbahnlinie über Ueberlingen kommt, die an die württembergischen und bayerischen Linien anschließt. Das Stück Stahringen-Ludwigshafen ist der Anfang davon. Darum ist es auch selbstverständlich, daß wie dieses Stück, so auch die fortgesetzte Linie bis zu ihrer Vollendung vom Staate gebaut wird, da eine Verbindungslinie zwischen badischen und württembergischen Staatsbahnen auch nur als Staatsbahn gedacht werden kann. Deshalb ist durch den Bau der Linie Stahringen-Ludwigshafen auf Staatskosten der Grundsatz nicht durchbrochen, wornach Bahnen, die nur lokalen Interessen entgegenkommen, durch die Interessenten selbst und zwar mit Unterstützung des Staates erstellt werden sollen. Die Fortsetzung bis Ueberlingen ist in Bälde zu erwarten. Bei der Fortsetzung und Vollendung über Ueberlingen hinaus kommt das Salemer Thal und Markdorf in Berücksichtigung. Weiter erfuhr man, daß die ganze Strecke Stahringen-Ueberlingen einen Kostenaufwand von 2,400,000 Mark verursachen wird. Wie viele Kosten die Vermittelung des Verkehrs mit Dampfschiffen zwischen Ludwigshafen und Ueberlingen zur Folge haben wird, hat die Regierung noch nicht berechnet. Jedenfalls handelt es sich für sie nur um ein „Rechenexempel" bei der Frage der Fortsetzung der Bahn bis Ueberlingen. Von Ludwigshafen bis Ueberlingen würde sie 1,400,000 Mk. kosten; das ist ein Zinsenaufwand von 56,000 Mk. Ob nun der Schiffsverkehr namhaft wohlfeiler sein wird, weiß man noch nicht. Uebrigens muß die große Unbequemlichkeit, ja förmliche Unnatur eines Umtausches der Bahn mit dem Dampfschiff in Ludwigshafen schwer in die Wagschale fallen. Eine Anschlußlinie Stockach-Ueberlingen käme auf 2 Millionen zu stehen, also 600,000 Mk. höher als die Anschlußlinie Stahringen-Ueberlingen. In der Kommission nationalliberalen Antheils war förmlicher Umschwung eingetreten. In ihrer Nr. vom 12. März hat die „Bad. Corr." geschrieben:

„Es wäre sehr zu bedauern, wenn die wohlberechtigten Bestrebungen der Stadt Ueberlingen, endlich zu einer Bahnverbindung zu gelangen, durch Ablehnung des Vorschlags der Regierung auf Jahre hinaus vereitelt würden."

Das war ein sehr deutlicher Wink. Man mußte daraus ersehen, daß man im Ministerium des Innern keine Lust hatte, den Anstürmern gegen das Projekt Stahringen-Ludwigshafen Rückhalt zu gewähren. Und damit wußte man auch, wie sich das Staatsministerium stellen würde. Ein Blick auf die Karte erinnert daran, daß es außer Ueberlingen und Radolfzell noch andere Interessenten an dieser Bahnverbindung gibt, die ein Fieser oder Straub, aber nicht ein Minister Eisenlohr oder Turban bei Seite lassen kann.

Ohne allen Rückhalt bei der Regierung mochte ihnen der Feldzug doch etwas gewagt erscheinen, von anderen Gesichtspunkten ganz abgesehen. So wurde denn an Rückzug gedacht, der selbstverständlich in keiner Weise leitete ihn sehr geschickt ein, wie man überhaupt dem gestört, vielmehr erleichtert wurde. Der Abg. Wilckens gewisses Geschick, sich in dieser oder jener Situation zurechtzufinden, nicht absprechen kann. Nur einer von den Herren zeigte sich noch nicht genügend orientirt und hatte den Rank noch nicht gefunden. Er war noch so fest auf dem Standpunkt des übereifrigen Abg. Straub, daß er die für Stadt und Bezirk Ueberlingen sehr erfreulichen und aussichtsvollen Erklärungen des Finanzministers gar nicht hörte oder nicht verstand. Er lehnte das Projekt Stahringen-Ludwigshafen rundweg ab. Nachdem aber neben Wilckens noch andere für den Regierungsvorschlag sich ausgesprochen und sehr entschieden dafür eingetreten waren, daß den wohlbegründeten Eisenbahnwünschen der ganzen Ueberlinger Gegend Rechnung getragen werden müsse, da verspürte und verstand auch er den Luftzug.

In erfreulicher und vollster Einmüthigkeit wurde nunmehr die Linie Stahringen-Ludwigshafen angenommen.

Ebenso einmüthig wurde beschlossen, mit aller Bestimmtheit und Energie sich dafür auszusprechen, daß der ganze Bezirk Ueberlingen so rasch als möglich die lang ersehnte Eisenbahn bekommen soll und zwar als Staatsbahn. An die vielgenannte Thallinie kann bei der Haltung der großh. Regierung nicht gedacht werden, ebenso wenig an eine Verbindungslinie zwischen Stockach und Engen. Um nun einigermaßen eine Verbindung zwischen Stockach und dem Bezirke Ueberlingen herzustellen, ohne daß man den weiten Umweg über Radolfzell resp. Stahringen machen muß, wurde beschlossen, sich auch dafür auszusprechen, daß die kurze Verbindungslinie Stockach-Espasingen auf Staatskosten gebaut werde. So wurde denn einmüthig beschlossen:

I. Die Linie Stahringen-Ludwigshafen zu genehmigen.

II. Den Wunsch zu Protokoll zu erklären:

„1. Daß die großh. Regierung entweder noch dem gegenwärtigen oder doch spätestens dem nächsten Landtag eine Vorlage wegen Fortsetzung der Bahn von Ludwigshafen nach Ueberlingen auf Staatskosten mache und gleichzeitig auch das Stück Espasingen-Stockach als Staatsbahn baue.

2. Daß die großh. Regierung weiter eine auf Staatskosten zu erstellende Bahnverbindung zwischen Ueberlingen und Markdorf durch das Salemer Thal in Angriff nehme."

Das ist eine klare und feste Stellung, die jedenfalls die einmüthige Zustimmung der Kammer finden wird. Soweit es von der Kammer abhängt, sind damit die Eisenbahnwünsche des Ueberlinger Bezirkes um eine gute Wegstrecke ihrer Erfüllung näher gerückt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei bemerkt, daß die protokollarisch niedergelegten Wünsche in keiner Weise als Bedingungen der Zustimmung zum Projekt Stahringen-Ludwigshafen aufzufassen sind.

** **Karlsruhe,** 17. März. Staatsrath Eisenlohr hat heute wieder einmal einen bösen Tag gehabt, lediglich durch eigene Schuld. Der Abg. Schlusser hatte sich sehr energisch gegen den Hausirhandel ausgesprochen, wozu eigentlich auch die Geschäfte der Detailreisenden gehören. Das gab Anlaß zu einer ziemlich langen, stellenweise höchst interessanten Debatte, in deren Verlauf Staatsrath Eisenlohr die Mittheilung machte, daß auf Anregung der Reichsregierung Erhebungen veranstaltet wurden, deren Ergebniß eine Aenderung zum Besseren dringend wünschenswerth erscheinen lasse. Eine Aenderung auf gesetzlichem Wege sei auch zu erwarten. Für den früheren Abgeordneten Wilhelm Fischer von Freiburg und das ganze Centrum waren die Ausführungen Schlusser's und Eisenlohr's eine große Genugthuung. Vor Jahren schon hat namentlich der genannte frühere Abg. Fischer auf diese „Schmarotzerpflanze der Gewerbefreiheit", wie Abg. Wacker sie heute nannte, hingewiesen, ohne aber auf der nationalliberalen Seite und am Regierungstische gute Aufnahme und Entgegenkommen zu finden. Heute ist es anders. Der konservative Abg. v. Stockhorner und die Centrumsabgg. v. Buol und Wacker sprachen ihre unverhohlene Freude über diese „Bekehrung" zu den Ansichten der Konservativen und des Centrums aus. Der Abg. Wilckens nahm das etwas „krumm" und hielt eine förmliche Rede darüber, daß diese „Bekehrung" nicht erst heute stattgefunden habe. In seinen bezüglichen Darlegungen hielt der Abg. v. Stockhorner ebenso geschickt wie energisch Gericht über die „Bad. Korr.", das mit Staatsmitteln unterstützte Organ Eisenlohr's. Die Hiebe saßen, Eisenlohr war sichtlich sehr unangenehm berührt, sagte aber kein Wort.

Als dann der Abg. Wacker an die Reihe kam, sprach er u. A. auch davon, daß etwas mehr Noblesse und weniger Selbstsucht im geschäftlichen Verkehr herrschen sollte. Es sei sehr lobenswerth, daß Abg. Schlusser den kleineren und mittleren Geschäftsleuten so energisch das Wort gesprochen habe. Allein in der Berücksichtigung derselben sollten namentlich die gut bezahlten Beamten mit einem guten Beispiele vorangehen. Wenn niedergestellte Beamte, die auf den Pfennig schauen müssen, durch Lebensbedürfnißvereine ihre Haushaltung mit dem Nöthigen versorgen lassen, so könne man nichts dagegen haben. Allein bei höher gestellten Beamten solle es nicht vorkommen. Da sollte es zum „guten Ton" gehören, daß man in der Haushaltung keine Etiquette eines Lebensbedürfnißvereins trifft und von oben herab sollte mit dem guten Beispiele vorangegangen werden. Diese Bemerkung war um so mehr angebracht, als gerade in der Residenz die Benützung dieser Bezugsquelle für die Haushaltung ein wahrer Mißstand für die Geschäftswelt ist. Und die Geschichte muß sehr weit um sich gegriffen haben, wenn selbst der Staatsminister den Volksvertretern Wein verabreichen läßt, welchen der Lebensbedürfnißverein geliefert hat. Staatsrath Eisenlohr nahm auch diese Bemerkung schweigend hin.

Im späteren Verlaufe der Verhandlungen kam die Rede auf den Landwirthschaftsrath und den landwirthschaftlichen Verein. Der Abgeordnete Gerber nahm Anlaß, über den Bauernverein zu sprechen und den Wunsch zu äußern, daß er bei Zusammensetzung des Landwirthschaftsrathes berücksichtigt werden möge. Gerber sprach so sachlich und zugleich so entgegenkommend, daß man annehmen mußte, Staatsrath Eisenlohr werde mit Vergnügen das Anerbieten annehmen und den Beizug eines Vertreters des mittelbadischen Bauernvereins zusagen. Allein das direkte Gegentheil trat ein. In schroffster und verletzender Form wies er die Gerber'sche Bitte zurück und überhäufte den Bauernverein mit ebenso ungerechtfertigten als kränkenden Vorwürfen, wie wenn derselbe sich nur zur Aufgabe gesetzt hätte, der Regierung und ihren Maßnahmen überall entgegenzutreten. Selbst einzelne Nationalliberale sprachen sich überrascht und mißbilligend über ein solches Auftreten Eisenlohr's aus. Es sollte aber noch „schöner kommen". Der Abgeordnete Gerber bezeichnete die Anschuldigungen Eisenlohr's als thatsächlich unwahr und forderte ganz bestimmt, daß der Herr Regierungsvertreter die gemachten Vorwürfe beweise oder zurücknehme. Eisenlohr war nun kühn genug, den „Beweis" anzutreten und zwar mit „Thatsachen". Und diese „Thatsachen"?

1. Im Bezirk Tauberbischofsheim seien zwei landwirthschaftliche Versammlungen gestört worden, was nach einem Berichte des Bezirksamtes eine Folge der Gerber'schen Wirksamkeit sei.

2. Das Auftreten Gerber's in der Kammer und in Versammlungen.

Diese ganz eigenartige „Beweisführung" unterzog Abgeordneter Wacker einer sachgemäßen Kritik, die nach Lage der Sache nur unangenehm für Eisenlohr werden konnte. Dessen „Logik" war so merkwürdig, daß sie nur als „unverständlich" bezeichnet werden konnte. Ohne vom Präsidenten gestört zu werden, sprach es der Abgeordnete Wacker mit aller Offenheit aus, daß Verschiedenes nur auf Voreingenommenheit und Vorurtheile zurückzuführen sei, was über oder gegen den Bauernverein gesprochen worden sei. Regierungsvertreter sollten aber die ersten sein, die nicht von Voreingenommenheiten und Vorurtheilen sich leiten lassen. Schon deshalb habe man von Staatsrath Eisenlohr eine andere Antwort auf die Gerber'sche Bitte erwarten müssen, „falls es ihm möglich war". Auch der Abg. Klein-Wertheim, der durch die Neuorganisation eine gut bezahlte Stelle bekommen soll, erhielt die verdiente Abfertigung dafür, daß er den Bauernverein als „politischen" Verein bezeichnete. Strenger noch ging Abg. Gerber mit ihm und indirekt mit Eisenlohr in's Gericht. Das hätte Staatsrath Eisenlohr sich ersparen können. Allein er hat sich ja zur Aufgabe gesetzt, den Centrumsleuten in Allem und überall entgegenzutreten und zwar in der Art, die er auch am Ministertisch nicht verleugnet, weil sie ihm „wie zur anderen Natur geworden" ist.

Der Bauernverein wird sich leichten Herzens darüber hinwegsetzen können, wenn er nicht zum Landwirthschaftsrath beigezogen wird.

Für Eisenlohr's Zukunft dürften aber derartige Debatten einigermaßen bedenklich werden.

* **Karlsruhe,** 18. März. Die Herren v. Grafen und Genossen bringen heute in einer Beilage der „Bad. Presse" eine drei Seiten umfassende Entgegnung auf die in Sachen des katholischen Arbeitervereins im „Bad. Beobachter" erschienenen Artikel. Herr v. Grafen befindet sich darnach selbstverständlich in vollem Recht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

während der „Beobachter" überall die Unwahrheit berichtete und seine Leser zu täuschen suchte. Wir sehen aus Rücksicht auf unsere verehrlichen Leser von einer nochmaligen Rekapitulation des schon mehrfach erörterten Sachverhaltes ab und wiederholen nur, daß sich unsere Ausführungen lediglich auf die Resultate der staatsanwaltlichen Untersuchung und der durch Herrn Revisor Lamp vorgenommenen Revision stützten. Da für uns, wie für jeden Unparteiischen, nur diese Ergebnisse für die Beurtheilung der Sachlage maßgebend sein konnten, brachten wir bevor sie vorlagen über die Angelegenheit im „Beobachter" kein Wort. Der gegen uns geschleuderte Vorwurf der Unwahrheit trifft daher indirekt auch diese Herren, was ihnen jedoch ebenso wenig Gewissensbisse verursachen dürfte wie uns, denn sie hatten so wenig Ursache wie wir, die Sache anders darzustellen, als sie war und sie hätten ganz gewiß nicht dazu geschwiegen, wenn eine strafbare Handlung vorgelegen wäre. Daß kleine Unvorsichtigkeiten, Formfehler rc., die kaum vermieden werden können, vorgekommen sind, haben wir niemals in Abrede gestellt; ebenso wenig haben wir der Geschäftsleitung im Allgemeinen ein Loblied gesungen, sondern nur betont, daß Vorstand und Kassier nach unserer Ueberzeugung, das Beste des Vereins wollten und erstrebten. Ob sie dabei überall und in Allem das Richtige trafen und ihr Ziel erreichten, darüber kann man ja füglich verschiedener Ansicht sein; aber selbst wenn dies nicht überall der Fall sein sollte, so wäre das doch noch keine Unredlichkeit oder Schlechtigkeit. Dazu gehört der ausdrückliche Wille zur Schädigung und dieser war ausgeschlossen. Wie erwähnt, wir unterlassen es aus besagtem Grunde, nochmals auf die Angelegenheit, die wir als erledigt betrachten, näher einzugehen.

● **Vom Oberlande,** 17. März. Das neue Diöcesan-Gebet- und Gesangbuch wird verschiedene Kritiken hervorrufen. Schreiber dieses meint nun, man sollte zur Aeußerung seiner Desiderien, Vorschläge . . . die politischen Blätter nicht benützen. Wozu haben wir denn ein Kirchenblatt? Auch kommen die Konferenzen wieder, wohin solche Erörterungen wohl eigentlich gehören.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 17. März.

48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Es wurden weiter genehmigt im außerordentlichen Etat:

für die Bibliothek in der Landesgewerbehalle 3500 M.,

für die bauliche Herstellung der chemisch-technischen Versuchsanstalt 1000 M.,

für die Probiranstalt für Edelmetalle in Pforzheim 500 M.,

für Reisebeihilfen zum Besuch der Chicagoer Ausstellung im Jahre 1893 30,000 M.

Letztere Position wird vom Berichterstatter Frank und dem Abg. Gesell dringend befürwortet. Gesell ist der Ansicht, man solle nur befähigte, fachmännisch gebildete Leute nach Chicago schicken und keine Arbeiter und Geschäftsführer, damit auch unsere Industrie daraus etwas profitire.

Abg. Wittum bemerkt, daß die Arbeiter von solchen Ausstellungen sehr werthvolle Kenntnisse mit heim brächten.

Minister Eisenlohr rechnet bei Auswahl der betreffenden Leute auf die Unterstützung der erfahrenen Fachleute.

Die außerordentlichen Anforderungen mit 35,000 M. werden genehmigt.

Bei Titel 16 Förderung der Landwirthschaft kommt Abg. Greif auf die ungünstigen Hopfenzollverhältnisse nach Rußland zu sprechen und bittet das Ministerium, einhellig mit den andern süddeutschen Regierungen dahin zu streben, daß die so sehr gedrückte Lage der Hopfenproducenten gebessert werde.

Ministerialrath Buchenberger bestätigt die vom Vorredner vorgebrachten Beschwerden; es werde in Baden zu viel Hopfen producirt und das Ausland sei durch Zölle der Ausfuhr theilweise sehr schwer zugänglich.

Abg. Nopp schließt sich den Ausführungen des Abg. Greif voll und ganz an und freut sich über die wohlwollende Stellung der Regierung zu den eingegangenen Petitionen. Der Hopfenbau habe im Unterlande die gleiche Bedeutung wie im Oberland der Weinbau. Der Hopfenbau erfordere dieselben Auslagen und Mühen wie der Weinbau, dagegen steht es mit den Erträgnissen resp. Hopfenpreisen ähnlich wie mit dem Weinbau. Es gebe schlechte und Glücksjahre. In den Fehljahren sei jedoch die Existenz der Bauern thatsächlich bedroht. Die Produktion habe eine derartige Ausdehnung genommen, daß an eine Aufhebung derselben nicht mehr zu denken sei. Gerade hinsichtlich des Verkaufes herrschen viele Schwierigkeiten. Den landwirthschaftlichen Vereinen sei hier ein großes Feld ihrer Thätigkeit offen. Er bitte bei der großen Bedeutung des Hopfenbaues nochmals die Regierung um möglichste Berücksichtigung.

Abg. v. Stockhorner stimmt dem Abg. Nopp bei. Bezüglich der Aeußerung des Regierungsvertreters in der Ersten Kammer, man dürfe den Landwirthen nicht zu weit entgegenkommen, müsse er doch konstatiren, daß für die Landwirthschaft bis jetzt noch nicht genügend geschehen sei. Die sog. Bauernvereine hielte er für nützlich, sie wecken das Zusammengehörigkeitsgefühl des ganzen Standes. Auch der Tabakbau bedürfe einer besonderen Fürsorge der Regierung. An das sog. Heimstättegesetz wolle er, weil es Sache des Reichstages ist, nur kurz erinnern. Dahin gehören auch die sog. Schuldenannuitäten, die auf Antrag des Reichstags-Abgeord. Menzer in Neckargemünd provisorisch erprobt werde und er hoffe, daß sich die Regierung auch dazu freundlich stellen werde.

Minister Eisenlohr: Er könne nicht zugeben, daß eine Gemeinde oder der Staat für die Richtigkeit der Schuldablösung irgend welche Verantwortung übernehme.

Ministerialrath Buchenberger: Die Fürsorge der Regierung für die Landwirthschaft sei nicht abgeschlossen, sie schreite langsam und vorsichtig weiter. Die staatlichen Prämiirungen kämen, wie die Erfahrung zeige, nicht blos den großen sondern auch den kleinen Landwirthen in erheblichem Maße zu Theil. Das Genossenschaftswesen habe die Regierung schon seit geraumer Zeit mit besonderer Vorliebe gepflegt. Ob auch die Errichtung von Fruchtlagerhallen an Bahnhöfen von großem Vortheil sein würden, sei sehr zweifelhaft.

Abg. Gerber ist auch der Ansicht, daß die Annuitäten von großem Vortheil sein würden, allein sie hätten auch so manche Bedenken; denn der Schuldenstand werde dadurch nicht vermindert. Schon der Umstand, daß der Bauer vielfach gar nicht in der Lage sei, seine Zinsen zu zahlen, mache das Annuitätswesen illusorisch. Redner kommt auf den landwirthschaftlichen Verein zu sprechen; derselbe biete ja manche Vortheile, er sei zwar neu organisirt worden, allein er sei immer noch ein Unding, halb staatlich, halb freiwillig. Die Mitglieder hätten auf die Vereinsleitung fast gar keinen Einfluß. Die Beamten spielen die Hauptrolle. Unter solchen Umständen könne der Verein sich auf die Dauer nicht halten. In dem sog. Landwirthschaftsrath hätten alle Speciallandwirthschaftsvereine des Landes ihre Vertreter; nur dem über 10,000 Mitglieder zählenden mittelbadischen Bauernverein werde eine solche nicht gewährt, das sei nicht recht; so viele Bauern sollte man nicht so bei Seite setzen. Das landwirthschaftliche Blatt komme anscheinend sehr theuer, trotz der vielen und kostspieligen Inserate müßten immer weitere Summen dafür aufgewendet werden. Jedenfalls würden demnach die Artikel sehr theuer bezahlt. Die Leute würden gleichsam genöthigt, dem Verein beizutreten, überall herrsche Zwang, den der Bauer mit Recht einmal nicht leiden könne. Gegen den Bauernverein habe der landwirthschaftliche Verein stets Krieg geführt und zwar aus Konkurrenzneid, dagegen sei es ihnen noch niemals eingefallen, gegen den landwirthschaftlichen Verein vorzugehen, obgleich sie häufig Veranlassung dazu hätten. Hinsichtlich der Prämien würde viel zu viel Geld ausgegeben; durch ein bescheideneres Maß würde der Zweck eher erreicht. Mancher kleine Landwirth wende für seine Preiskuh viel mehr unnöthig auf als ihm dann durch Prämie wieder ersetzt werde, und jene, die nichts bekämen, seien unzufrieden. Die großen Summen kämen also den kleinen Bauern nicht zu gut. Jedenfalls solle man hinsichtlich der Prämiirung keinen Druck ausüben. Bezüglich des Bauernvereins könne er nur erwähnen, daß er mehr und mehr Anklang beim Volke finde und schon recht ersprießliches geleistet habe.

Staatsrath Eisenlohr: An der Spitze des landwirthschaftlichen Vereins sowie der Bezirksvereine stehen keine Beamte. Ersterer hat den Präsidenten des Landwirthschaftsrathes freiwillig zu seinem Vorstand gemacht. Letzterer aber werde niemals ein Beamter sein. Was den Bauernverein betreffe, so werde die Regierung einen Vertreter aus demselben sofort berufen, wenn derselbe sich entschließe, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Bisher aber zeigte derselbe nur, daß er die Maßnahmen des Staates untergraben wolle. Das sei gerade unter seiner jetzigen Leitung der Fall.

Abg. v. Buol theilt ebenfalls die von den Abgg. Nopp und Greif vorgetragenen Wünsche bezüglich des Hopfens, doch müsse er die Handelsverträge vor dem Vorwurf schützen, als ob sie einen Ausgleich auch für die Landwirthschaft nicht bezweckt hätten. Auch von Oesterreich nach Deutschland finde ein ganz beträchtlicher Export von Hopfen statt, trotzdem seien die österreichischen Zölle weiter heruntergesetzt als die deutschen.

Abg. v. Stockhorner ist damit einverstanden, wenn bezüglich der Annuitätenabzahlung Unterstützung durch Staatsbanken gewährt werde.

Abg. Gerber: Er wisse nicht, auf welche Thatsachen der Minister seinen Vorwurf gründe, der mittelbadische Bauernverein bekämpfe die Regierung. Der Bauernverein habe alles Politische vermieden, Alles, was nur irgendwie einen anderen Charakter tragen könnte, als Förderung der bäuerlichen Interessen. Er verwahre sich deshalb entschieden gegen einen solchen, vollständig ungerechtfertigten Vorwurf.

Staatsrath Eisenlohr: Der von Gerber verlangte Nachweis sei leicht zu liefern, denn Gerber habe ja in diesem Hause stets gegen die Maßnahmen der Regierung, von staatlichem Zwang rc. gesprochen. Eine sachliche Kritik übe Gerber nicht; auch reise er im Lande herum und hetze gegen die wohlgemeinten Maßnahmen der Regierung; im Bezirk Tauberbischofsheim seien in Folge dessen Störungen in landwirthschaftlichen Versammlungen ausgebrochen.

Abg. Reichert ist nicht dafür, daß man die Molkereigenossenschaften allgemein einführe; namentlich nicht bei kleineren Leuten. Wenn sich dadurch auch der Ertrag aus der Milch einigermaßen erhöhte, so verschlechtere sich die Ernährung der Familie, insbesondere der Kinder ganz bedeutend; diese bekämen keinen ordentlichen Tropfen Milch mehr zu trinken, die Folge sei in der Regel ein vermehrter Schnapskonsum.

Abg. Klein-Wertheim dankt der Regierung für ihre Thätigkeit für die Landwirthschaft und wendet sich gegen die Ausführungen Gerber's; der Hauptzweck des mittelbadischen Bauernvereins werde zwar verborgen gehalten, aber er bezwecke, das stehe fest, eine Unterstützung und Kräftigung der ultramontanen Partei. Auch stehen dem Bauernverein nicht die zu ersprießlicher Thätigkeit nothwendigen Lehrkräfte zur Verfügung. Bezüglich der Molkereigenossenschaften sei er anderer Ansicht als der Abg. Reichert. Die Ernährung der Familien leide dadurch keinen Schaden; die kleinen Leute brauchten ja auch nicht die erste Qualität der Butter für sich zu verwenden, sie könnten sich immer noch ein annehmbares Schmalz bereiten.

Abg. Wacker: Die Bemerkungen des Ministers hätten weit mehr als ein persönliches Interesse und dürften deshalb nicht unwidersprochen bleiben. Die Ausführungen des Ministers könne er mit jenen des Abg. Klein nicht in Einklang bringen. Klein habe gegen den mittelbadischen Bauernverein nichts Anderes vorbringen können, als die unbewiesene Behauptung, daß er ein politischer Verein sei. Er stütze seine Behauptung auf den Umstand, daß der Erzbischof den Verein gut heiße; das sei aber eine Logik, die er mit dem besten Willen nicht verstehen könne. Der Verein sei noch nie politisch gewesen und werde es niemals werden. Die Logik Eisenlohr's beim Beweis seiner Behauptung stehe ungefähr auf derselben Höhe wie die Logik Klein's. Er frage den Herrn Staatsrath, woher er denn wisse, daß die Vorgänge, die er geschildert, mit der Thätigkeit Gerber's in Verbindung stünden. Er habe Gerber privatim befragt, was er davon wisse, und der habe ihm gesagt, daß ihm nichts bekannt sei. Wie von den Bezirksämtern berichtet werde, wenn es sich um einen Oppositionsmann handle, sei bekannt. Er habe das an sich erlebt. Was Gerber in diesem Hause vorbringe, das sei sein verfassungsmäßiges Recht, daraus Schlüsse zu ziehen, wie die Regierung es gethan, sei absolut unzulässig. Freilich, wenn der Vertreter des Bauernvereins auf jener Seite des Hauses sitze, so sei das etwas Anderes, dann ließe der Minister schon mit sich reden; da er aber ein Centrumsmann sei, lasse er eben nicht mit sich reden. Wenn er für seine Person sich nicht mit den Bauernvereinen beschäftigt habe, so sei dies geschehen, um nicht ein Vorurtheil gegen denselben hervorzurufen. Leider müsse man mit solchen in Baden und in diesem Hause rechnen, daß dies auch bei der Regierung der Fall sei, habe heute Eisenlohr bewiesen.

Staatsrath Eisenlohr: Ein glaubwürdiger Bericht des Bezirksamts in Tauberbischofsheim habe ihm den Beweis erbracht, daß die Thätigkeit Gerber's die Thätigkeit des landwirthschaftlichen Lehrers im Taubergrund untergraben habe. Politische Erwägungen hätten ihm bei Gründung des Landwirthschaftsrathes fern gelegen. Seine Bemerkung sei von Wacker aufgebauscht worden, die Rechte der Volksvertretung anzutasten habe ihm sehr fern gelegen.

Abg. Gerber wendet sich nochmals gegen die auf den Bauernverein gebrachten Vorwürfe und fordert den Abg. Klein auf, den Beweis für die politische Thätigkeit desselben zu erbringen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird die Generaldebatte und mit ihr die Sitzung nach 1 Uhr geschlossen.

Karlsruhe, 18. März.

49. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Eisenlohr und Regierungskommissäre.

Haus und Tribünen gut besetzt.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Budgetberichts des Ministeriums des Innern.

Der Sekretär zeigt den Eingang zweier Petitionen an.

Abg. Nopp fragt an, ob die landwirthschaftlich-chemische Versuchsanstalt nicht mit der botanischen Versuchsanstalt verbunden und unter einen Leiter gestellt werden könnte.

Staatsrath Eisenlohr: Der Gedanke sei schon angeregt, doch seien die nothwendigen Voruntersuchungen noch nicht abgeschlossen.

Die Abgg. Frank und Blankenhorn sind gegen die Vereinigung.

Abg. Nopp ist über die Erklärung des Ministers mehr erfreut als über die Ausführungen der Vorredner.

Abg. Müller rühmt die Vortheile der landwirthschaftlichen Winterschulen und bittet, dieselben noch reicher als bisher auszustatten, damit den Schülern der Besuch erleichtert werde.

Abg. Gerber will den Aufwand für landwirthschaftliche Winterschulen nicht erhöht haben, er sei jetzt schon zu hoch, jedenfalls höher als der Nutzen, den sie bringen. Es seien zu viel solcher Anstalten da, die Anstalten müßten förmlich Jagd nach Schülern machen. Einige seien ja gut besucht, diese könnte man unterstützen, andere dürften aber ganz gut eingehen. Von den kleinen Landwirthen kämen nur wenige Schüler. Es könne sich ja auch jeder Landwirth daheim weiter bilden, so weit sie dies bedürften. Die Wanderlehrer hielten ja ihre Vorträge. Durch die Winterschulen würden die jungen Burschen häufig an das Stadtleben gewöhnt, zu Hause gefiele es ihnen dann nicht mehr, weshalb manche in der Stadt bleiben. Er wolle nicht beantragen, daß die Summen ermäßigt werden, könne aber eine Erhöhung nicht empfehlen.

Ministerialrath Buchenberger ist mit den Ansichten Gerber's nicht einverstanden. Die Schulen seien im Allgemeinen nur zu stark besucht; das Erlernte sei sehr nothwendig, ja für den Landwirth kaum zu umgehen. Die ehemaligen Winterschüler würden in der Regel die Pionire des Fortschrittes in ihren Gemeinden, sie seien gewöhnlich die Stützen der landwirthschaftlichen Genossenschaften. Die gestrige Kritik des Abg. Gerber über unsere Haushaltungsschulen habe er ebenfalls mit Bedauern wahrgenommen. Es sei doch nichts so Schreckliches, wenn die Lehrerin mit Schülerinnen am Sonntag Vormittag einen Ausflug gemacht habe.

Abg. Gerber: Es sei Sünde, die Kinder von ihrem sonntäglichen Gottesdienst abzuhalten. Er habe insbesondere die Anstalten in Kenzingen und Konstanz gemeint. Allerdings sei man es ja vom Regierungstisch gewohnt, Reden zu hören, die es mit der Religion sehr leicht nehmen, während doch gerade die zukünftige Hausfrau in erster Reihe Religiosität besitzen müsse.

Abg. Gönner glaubt die Kochkurse, die unter der Leitung des Frauenvereins stehen, gegen die Vorwürfe Gerber's in Schutz nehmen zu müssen.

Abg. Klein-Wertheim besorgt das Gleiche bezüglich der landwirthschaftlichen Winterschulen.

Abg. Pfefferle vertheidigt die Kochschule in Kenzingen.

Abg. Reichert muß den Ansichten, die Abg. Gerber über die Haushaltungsschulen ausgesprochen hat, ebenfalls entgegentreten. In der Haushaltungsschule zu Sinsheim sowie in der Kreiswinterschule in Baden würde recht Ersprießliches geleistet.

Abg. Hug tritt den Ansichten Pfefferle's bei, daß aus einem einzelnen Fall, der ihm bezüglich der Anstalt in Kenzingen zwar nicht bekannt sei, nicht auf alle Anstalten geschlossen werden könne.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters, der den landwirthschaftlichen Winterschulen nochmals das Wort redet, werden die für diese Anstalten eingestellten Forderungen genehmigt.

Bei der Lehranstalt Hochburg macht der Abg. Frank darauf aufmerksam, daß mit Ende des Jahres der Vertrag abläuft und fragt deshalb bei der Regierung an, ob sie gesonnen sei, die Anstalt als solche zu erhalten.

Ministerialrath Buchenberger: Die Regierung beabsichtigt zwar, die Anstalt zu erhalten, die Frage spiele schon lange, doch sei sie bis jetzt noch nicht zum Ziele gelangt. Einstweilen habe sie sich mit dem Landwirthschaftsrath darüber in's Benehmen gesetzt.

Abg. Pfefferle ist von der Erklärung des Regierungsvertreters befriedigt. Die Anstalt sei der Landwirthschaft sehr förderlich und ihre Erhaltung insbesondere den Oberländern sehr wichtig.

Bei Position „Rindviehzucht" spricht der Abg. Schweinfurt der Regierung den Dank dafür aus, was sie für Förderung der Viehzucht gethan hat. Bei der Pferdezucht habe sich jedoch das Zuchtmaterial nicht besonders bewährt.

Abg. Gerber glaubt, daß für die Pferdezucht viel mehr ausgegeben werde, als der Nutzen betrage. Unser Land sei für Pferdezucht eben nicht geeignet. Ferner mache er darauf aufmerksam, daß der Pferdeversicherungs-Verein einen Paragraphen besitze, nach welchem für ein krankes Pferd nichts ausbezahlt werde, wenn man es tödte. Dies führe zur Thierquälerei, weshalb der Paragraph abgeändert werden sollte.

Ministerialrath Buchenberger: Der Verein sei nicht staatlich, gegen eine Statutenabänderung, wenn eine solche nöthig erscheine, habe die Regierung nichts einzuwenden.

Schluß des Berichtes der Sitzung folgt.

Nächste Sitzung Montag, Vormittags 11 Uhr.

Lokales.

Karlsruhe, 18. März.

— **Concert.** Montag den 21. d. M., Abends 7 Uhr wird in der Schloßkirche das 2. Concert des Hofkirchenchors unter Mitwirkung der Sängerin Frau Höck-Lechner, der Herren Hofmusikus Bühlmann und des Orgel-Virtuosen Alexander Wolf stattfinden. Von Komponisten stehen Bach, Mendelssohn, Mozart, Brahms, Bruch, Lotti und Hiller auf dem Programm; welches mit Anderem auch wieder acht-stimmige und Doppelchöre rc. bringen wird. Bei der Tüchtigkeit des Chores und dessen Leiter Herrn Direktor Brauer, und durch die Mitwirkung der Solisten wird der Besuch jedenfalls wieder ein lebhafter werden.

— **Lebensbedürfnißverein Karlsruhe.** In der gestern abgehaltenen, ungewöhnlich stark besuchten Generalversammlung wurde die Vertheilung einer Dividende von 10 pCt. beschlossen. Der Antrag auf Einführung von Gegenmarken oder Dividendenmarken an Stelle der bisherigen Werthmarken fand ebenfalls nach eingehender Erörterung einstimmige Annahme (bezw. mit 198 Stimmen gegen 1). Für die Mitglieder ist das System der Gegenmarken das einfachere und bequemere: man bezahlt die Waaren sowohl in den Vereinsläden als bei den Vereinslieferanten mit baarem Geld und erhält dagegen sofort bei der Zahlung Gegenmarken ausgehändigt, welche an den Verein zurückgeliefert und eingeschrieben werden. Während bisher der Betrag der vom Verein bezogenen Werthmarken für die Dividende maßgebend war, wird künftig der als Rücklieferung von Gegenmarken eingeschriebene Betrag an Gegenmarken Grundlage für die Dividendenberechnung sein. Die Markenbüchlein bleiben unverändert erhalten; in den Läden erfolgt der Eintrag der rückgelieferten Gegenmarken gerade so wie bisher die angekauften Werthmarken eingeschrieben wurden. Mit dieser Einrichtung, welche am 1. Juli d. J. in Vollzug treten wird, dürfte auch den Gegnern des Vereins der Boden zu fernerer Agitation entzogen sein; der heftig angefeindete Markenverkehr des Vereins, insofern die Vereinsmarken als Zahlungsmittel dienten, wird aufhören. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsraths wurden nahezu einstimmig wiedergewählt. Die Auszahlung der Dividende erfolgt vom 21. d. M. an.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 17. März. Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes. Anwesend waren 10 Fleischverkäufer, welche verkauften: das Kuhfleisch zu 50, 56 Pfg., Rindfleisch 60, 64, 66, 68 Pfg., Schweinefleisch 64, 66, 68 Pfg., Kalbfleisch 64, 66, 68 Pfg., Hammelfleisch 60, 70 Pfg. — Marktpreise in der Woche vom 12. bis 17. d. Mts.: Viktualien: Fleisch: 500 Gramm Ochsen 64, 72 Pfg., Rind 64, 68 Pfg., Hammel 60, 70 Pfg., Schweine 64, 68, geräuchert 85 Pfg., Kalb 64, 68 Pfg.; Brod: 450 Gr. weißes 20, 1400 Gr. schwarzes 46 Pfg.; Mehl: 500 Gr. weißes 24, schwarzes 20 Pfg., 1 Liter Erbsen 18 Pfg., Bohnen 18 Pfg., Linsen 30 Pfg., 500 Gr. Reis 32 Pfg., Gerste 28 Pfg., Gries 24 Pfg., 50 Kilo Kartoffeln 3.30 Mk., 500 Gramm Butter 1.10 Mk., Rindschmalz 1.20 Mk., Schweineschmalz 90 Pfg., 1 Liter Milch 18 Pfg., 6 Stück Eier 36 Pfg., 1 Liter saurer Rahm 80 Pfennig.

Mannheim, 17. März. (Strohmarkt.) Wiesenheu per Ctr. 2.50—3.— Mk., Kleeheu per Ctr. 3.——3.50 Mk., Kornstroh per Ctr. 2.50—3.— Mk., Gerstenstroh 1.80 bis 2.— Mk.

Frankfurt a. M., 17. März. Die an der gestrigen Abendbörse erzielten Steigerungen konnten an der heutigen Börse nicht behauptet werden. Die Tendenz war bei Eröffnung des Verkehrs zwar eine recht feste, doch ließ sich jede Regsamkeit vermissen. Wien meldete zwar eine feste Tendenz und die dortige Valuta ist etwas gebessert, dagegen war Berlin flau für Montanwerthe und in Paris und London erlitten die portugiesischen Werthe kleine Einbußen. Ueber die Verhältnisse Portugals verlautete, daß sich die portugiesische Regierung dazu bereit finden lasse, für den Dienst der auswärtigen Schuld die Zölle sicher zu stellen; dafür solle eine getrennte Verwaltung errichtet werden, in welche auch englische, französische und deutsche Interessenten berufen würden. Am Bankenmarkte herrschte Stagnation; auch österreichische und böhmische Bahnen waren leblos. Montanpapiere wurden, wie schon oben kurz erwähnt, von Berlin aus gedrückt, namentlich waren Kohlenaktien schwach unter Hinweis, daß der englische Kohlenarbeiterstreik bald beendigt sein dürfte. Von ausländischen Renten sind Italiener etwas gebessert. Portugiesen flau. Die übrigen hierhergehörigen Werthe geschäftslos. Anlagewerthe behauptet. (F. Z.)

Madrider 100 Fr.-Loose vom Jahre 1868. Ziehung am 5. März. Auszahlung am 1. Juli 1892. Hauptpreise: Nr. 283126 100,000 Fr. Nr. 321198 150321 je 1000 Fr. Nr. 79935 90348 198824 307789 312770 135502 je 500 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 300 und 200 Fr. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 16. März. Friedrich Golling von hier, Blechner und Installateur hier, mit Luise Scheidweiler von hier. — Anton Leber von Wehr, Schutzmann hier, mit Elisabeth Kramer von Wehr. — Philipp Thimig von Bergen, Maurer hier, mit Luise Appenzeller von hier.

Geburten: 12. März. Otto Ludwig, Vater Jul. Bastian, Tapezier. — 16. März. Barbara Luise Klara, Vater Josef Schweinshaut, Kanzleidiener. — Arthur und Frieda, Zwillinge, Vater Karl Klostermaier, Maurer.

Todesfälle: 15. März. Lina Waßmer, alt 74 Jahre, Wittwe des Expeditors Frobian Waßmer. — Katharina Förderer, alt 84 Jahre, Ehefrau des Schneiders Anton Förderer. — 16. März. Wilhelm Schuhmacher, Kaufmann, ledig, alt 17 Jahre. — Hanchen Thalheimer, alt 79 Jahre, Wittwe des Kaufmanns Josef Thalheimer. — Arthur, alt 2 Monate, Vater Gustav Mausch, Packer. — Oskar Heß, Mechaniker, ledig, alt 28 Jahre. — Amalie Neff, alt 68 Jahre, Ehefrau des Kühlermeisters Friedrich Neff.

Auswärtige Todesfälle.

Mannheim: Thekla Wingenroth, 41 J.
Winkeln: Ludwig Maier, Altbürgermeister, 69 J.
Kandern: Karl Gik, zur Krone, 58 J.
Kirchheim bei Heidelberg: Georg Schab, Oekonom.
Konstanz: Krescentia Boeler, geb. Keller, Wittwe.
Offenburg: Luise Zeitmach, geb. Kuderer, 61 J.
St. Georgen: J. H. Braun, Altbürgermeister, 71 J.
Thunsel: Franz Josef Klein, Kirchenrechner.

Grösstes Specialgeschäft
in
Besatz-Artikeln 62
für Kleider, Jacken, Mantelets etc. (wie Passementrie, Semmt, Peluches, Atlas, Merveilleux), Spitzen, Knöpfe etc., zu den billigsten Preisen.
Für Erstcommunikanten:
Krausen, Kragen, Manschetten, Taschentücher, Stickereien, Lavallières, Cravatten, Handschuhe, Corsets, Schürzen, wollene Tücher etc. etc.
en gros. Julius Strauss, en detail.
nächst dem Marktplatz.

(Einjährig-Freiwilligen-Examen.) Die Zöglinge des Karlsruher Lehrinstituts und Pensionats von Premierlieutenant a. D. Fecht erlangen unter gewissenhafter geistiger und sittlicher Pflege eine allgemein wissenschaftliche Bildung. Schon achtmal haben sämmtliche Examenkandidaten die Einjährig-Freiwilligen-Prüfung bestanden und bis jetzt von 388 Zöglingen 321 den Berechtigungsschein erlangt. Die Anstalt wird am Mittwoch, 20. April, ihren Sommerkurs beginnen. 11

☞ **Des hl. Josefsfestes wegen erscheint unsere nächste Nummer am Montag.**

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Morgen während des Engelamtes unsere geliebte Schwester und Tante

Wilhelmine Eckert,

im 70. Lebensjahre, öfters versehen mit den heiligen Sakramenten, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Indem ich unseren werthen Freunden und Bekannten solches mittheile, bitte ich, unter Verzicht auf alle Condolenzschreiben, der Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Königheim, 17. März 1892.

Im Namen der trauernden Verwandten:
F. Wilh. Eckert, Dekan.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Heute, am Josefstag, Nachmittags 2 Uhr, findet die Beerdigung unseres Vereinsmitgliedes

Josef Lang,
Packer,

von der Leichenhalle aus statt.

Zur zahlreichen Betheiligung sind die Mitglieder freundlichst eingeladen. Sammlung vor der Leichenhalle.

Der Vorstand.

Gottesdienst.

Fest des heiligen Josef.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
6½ Uhr Frühmesse.
7¼ Uhr hl. Messe.
8¼ Uhr hl. Messe.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Keller.
6½ Uhr Hauptgottesdienst.
3 Uhr feierliche Vesper.
Beichtgelegenheit am Freitag von 3 bis 7 Uhr, am Samstag von halb 7 Uhr Morgens an und Nachmittags von halb 4 bis 6 Uhr.

Liebfrauenkirche.
6½ Uhr Frühmesse.
8½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Mußler.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kurat Brettle.
2 Uhr Vesper; hiernach Beichtgelegenheit.

Sonntag, den 20. März 1892.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
6½ Uhr Frühmesse.
7½ Uhr hl. Messe.
8½ Uhr Militärgottesdienst.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Keller.
2½ Uhr Christenlehre.
6 Uhr Fastenpredigt.
Beichtgelegenheit von Morgens 5 Uhr an.

Liebfrauenkirche.
6½ Uhr Frühmesse.
8½ Uhr Kindergottesdienst.
9½ Uhr Hauptgottesdienst Herr Kaplan Mußler.
6 Uhr Fastenpredigt mit Andacht: Herr Kurat Brettle.

Ich habe mich hier als

Augenarzt

niedergelassen.

Dr. med. Fritz Schanz,
bisher 1. Assistent der Universitäts-Augenklinik Jena.

Wohnung: **Kaiserstraße 151.**
Sprechstunde: **täglich** 10—1 Uhr. **Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag** 3—4 Uhr. 4.2

Kaiser-Panorama.

99 Kaiserstraße 99.

Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Eintrittspreis 30 Pfg., Kinder 20 Pfg. Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—.
Vom 20. bis mit 26. März:
IV. Reise durch das malerische
= Savoyen =
mit **Montblanc-Besteigung.**

4. populär-wissenschaftlicher Vortrag für Katholiken in Karlsruhe.

Mittwoch, den 23. März, Abends 8 Uhr, im großen Rathhaussaale

Vortrag

des Herrn Professor **Dr. J. Moser** aus Mainz über

„Das Lebensräthsel und der Materialismus".

Zu den Vorträgen haben auch Damen Zutritt.

Es werden außer dem Vortrag am 23. März noch **zwei** Vorträge gehalten.

Für **reservirten** Platz beträgt der **Gesammtpreis** 1½ **Mark** für die drei Vorträge, für **nichtreservirten 1 Mark.** Der **Eintrittspreis** für **einen** Vortrag beläuft sich auf **1 Mark** für **reservirten** Platz und auf **50 Pfg.** für **nichtreservirten.**

Karten können in Empfang genommen werden in der Agentur der Literarischen Anstalt, Ecke der Herren- und Erbprinzenstraße, bei Herrn Buchbinder Dorer, Erbprinzenstraße 19, sowie in der Expedition des „Badischen Beobachters", Adlerstraße 42.

Für die **reservirten** Plätze werden die Karten nur in der Agentur der Literarischen Anstalt abgegeben.

Am Vortrags-Abend sind noch Karten am Eingange in den Saal zu haben.

Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein

Das Komitee.

Aktiengesellschaft Katholisches Casino Karlsruhe.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung in Nr. 38, 42 und 46 dieses Blattes vom Jahre 1891, und die Bestimmungen in Art. 248 und 245, Abs. 4 H. G. B., wird hiermit bekannt gegeben, daß die durch die außerordentliche Generalversammlung am 28. Januar 1891 beschlossene Herabsetzung des Grundkapitals von 75,000 Mk. auf 48,000 Mk. thatsächlich vollzogen ist, sowie daß folgende Aktien, nämlich

O.-Z. 15	1 Stück,	O.-Z. 407 bis mit 423 17 Stück,
„ 221 bis mit 241	21 „	„ 431 „ „ 439 9 „
„ 250 „ „ 348	99 „	„ 483 „ „ 500 18 „
„ 350 „ „ 364	15 „	

zusammen 180 Stück im Nennwerth von je 150 Mk., im Ganzen also von 27,000 Mk., ausweislich notarieller Urkunde heute vernichtet wurden.

Karlsruhe, den 16. März 1892.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths: H. Weiß.
Der Vorstand: C. F. Reiniger. Hermann Zoller.

Badische Pferdeversicherungs-Anstalt zu Karlsruhe.

Dreizehnte ordentliche Generalversammlung.

Unter Bezugnahme auf § 20 des Statuts werden die Mitglieder der Badischen Pferdeversicherungs-Anstalt auf

Samstag, den 2. April 1892, Vormittags 11 Uhr,

zur dreizehnten ordentlichen Generalversammlung, welche im großen Saale der „**Vier Jahreszeiten**" dahier stattfindet, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht über das Jahr 1891.
2. Entlastung des Verwaltungsrathes und der Direktion auf Grund des Berichts über die von dem Verwaltungsrath vorgenommene Prüfung der Bilanz und Jahresrechnung.
3. Beschlußfassung über Erweiterung des Versicherungszwecks (§ 2 a des Statuts, Transportversicherung betr.). 2.1
4. Beschlußfassung über Abänderung des § 6 der Allg. Vers.-Bedingungen (Verminderung der Gewährsfrist und präcisere Fassung betr.).
5. Verwaltungsrathswahlen (§ 28, 7 b. St.).

Karlsruhe, 20. Februar 1892.

Der Verwaltungsrath.

Karlsruher Colosseum.

Sonntag, den 20. März 1892:

Zwei große Gala-Vorstellungen

mit abwechselndem Programm.

Anfang 4 und 8 Uhr.

Jeden Sonn- und Feiertag von 11—12 Uhr Vorverkauf an der Kasse. Einzel-, sowie Dutzend-Karten im Vorverkauf sind zu haben bei Herrn Schneider, Cigarrenhandlung.

Katholischer Männerverein

Constantia.

Wie alljährlich, veranstaltet unser Verein auch heuer am

St. Josefstag,

Samstag, den 19. März, seine Patronsfeier, und zwar diesmal zusammen mit dem kath. Gesellenverein im Gesellenhause, Sofienstraße 58.

Die Mitglieder beider Vereine, sowie deren Angehörige werden freundlichst eingeladen. Anfang Abends 8 Uhr.

Der Vorstand.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Sonntag, den 20. März, zur Feier unseres Schutzpatrons, des hl. Josef, ½8 Uhr hl. Messe in der Stadtpfarrkirche St. Stefan.

Abends 8 Uhr im großen Saale unseres Vereinsheimes (Burg Zähringen): **Versammlung** mit Vortrag und hierauf folgender gemüthlicher Unterhaltung, wozu die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen höflichst eingeladen werden.

Der Kontrolle wegen müssen die Mitgliedkarten vorgezeigt werden und sind die Vereinszeichen anzulegen.

Nichtmitglieder haben **keinen** Zutritt.

Der Vorstand.

Von 7—8 Uhr findet Auflage statt.

Katholischer Arbeiterverein der badischen Residenz.

Unser Vereinslokal ist von jetzt ab in der „Bavaria", Ecke der Hirsch- und Amalienstraße, Eingang Hirschstraße (rechts), Bier per Glas 10 Pf.

Sonntag, den 20. März, **Versammlung, Abends 8 Uhr.**

Wahl der Kommissionsmitglieder, Auflage zur Anmeldung neuer Mitglieder.

Das Statut liegt zur Einsicht auf.

Der Vorstand.

Allgemeine Versorgungs-Anstalt
Errichtet 1835. **Karlsruhe.** Erweitert 1864.
Lebensversicherung.
78 Millionen Mark Vermögen. 5.1
67072 Versicherungen über **275 Millionen** Mark Kapital.
Günstige Bedingungen. Niedere Beiträge. Ganzer Überschuß den Versicherten.

Lebensbedürfniß-Verein Karlsruhe,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz auf den 31. Dezember 1891.

Aktiva.

			ℳ	₰
1.	**Vorräthe:**			
	a) an Waaren	ℳ 222 261.27		
	b) „ Mehl ꝛc. (Bäckerei)	„ 16 818.23		
	c) „ Kohlen	„ 13 372.84		
	d) „ Schuhwaaren	„ 7167.—	259054	34
2.	**Geräthschaften** im Comptoir, Magazin, 4 Keller, 9 Läden und in der Bäckerei		35438	65
	(Hierunter: Weinlagerfässer im Werthe von	ℳ 15 000.—		
	und Maschinen im Werthe von	„ 10 000.—)		
3	**Haus,** Zähringerstraße 45 Gesammtkosten ℳ 98 875.43, Buchwerth		67678	37
4.	**Haus,** Zähringerstraße 47 einschließlich Bäckerei. Gesammtkosten	ℳ 166 811 —	104784	64
5.	**Kohlenlagerplatz** in Leopoldshafen. Gesammtkosten des Platzes	ℳ 5874.05		
	Buchwerth		2874	05
6.	**Forderungen:**			
	a) für Kohlen	ℳ 16 314.77		
	b) für Waaren	„ 690.61		
	c) für Wein	„ 1 326.81		
	d) für Verschiedenes	„ 1 537.81	19879	—
7.	**Bankguthaben**		85514	13
8.	**Kassenbestand**		5014	88
			580238	06

Passiva.

		ℳ	₰
1.	**Spareinlagen** der Mitglieder sammt Zins	158094	68
2.	**Nicht erhobene Dividende von 1890**	416	80
3.	**Baar hinterlegte Kautionen** (Außerdem sind noch ℳ 10000.— in Werthpapieren hinterlegt.)	22560	—
4.	**Laufende Miethzinsen** ꝛc.	2280	15
5.	**Noch zu zahlenden Tantièmen und Verkaufs-Provisionen**	10612	80
6.	**Vereinsmarken** im Umlauf (Gesammt-Markenbestand ℳ 75 283.23)	34657	65
7.	**Geschäftsantheile** der Mitglieder	166722	99
8	**Reservefonds**	45140	24
9.	**Unterstützungsfonds**	1649	65
10.	**Hypothekschuld auf das Haus** Zähringerstraße 47	24000	—
11.	**Waarenschulden**	6756	76
12.	**Erübrigung**	158458	71
		580238	06

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder beträgt am 31. Dezember 1891 ℳ 105 722.99 gegenüber ℳ 87 199.91 am 31. Dezember 1890, mithin mehr ℳ 18 523.08. Die Höhe der Haftsumme sämmtlicher Mitglieder beziffert sich auf ℳ 147 656.—.

Der Vorstand
des **Lebensbedürfnißverein Karlsruhe,** eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Wilh. Finckh. Rud. Brecht. Gg. Kabis.

Laut Beschluß der **Generalversammlung** vom 16. März 1892 kommen 10% der Erübrigung, gleich 10 Pfennig auf die Mark des Verbrauchs zur Vertheilung an die Mitglieder und werden in nachstehender Reihenfolge voll in Mark ausbezahlt:

Die verehrlichen Mitglieder, deren Namen anfangen mit

	geben die Markenbüchlein ab am	und erheben die Dividende am
K.	21. März	22. März
J. & G.	22. „	23. „
H.	23. „	24. „
F.	24. „	25. „
E., D. & C.	25. „	26. „
B.	26. „	28. „
A., Z. & Y.	28. „	29. „
W.	29. „	30. „
St., T., U. & V.	30. „	31. „
Sch.	31. „	1. April
S.	1. April	2. „
R.	2. „	4. „
Q., P., O. & N.	4. „	5. „
M.	5. „	6. „
L.	6. „	7. „

Die Auszahlung erfolgt in unserer Kasse, Zähringerstraße 45, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

NB. Die Markenbüchlein können auch im nächstgelegenen Laden abgegeben werden, doch hat in diesem Falle die Abgabe jeweils **1 Tag früher als im Comptoir** zu geschehen.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, den 20. März. 2. Quartal. 38. Abonnements-Vorstellung. Neu einstudirt: **Das goldene Kreuz.** Oper in 2 Akten, nach dem Französischen von H. S. Mosenthal. Musik von Ignaz Brüll. — Zum ersten Male: **Saltarello.** Komisches Ballet in einem Akte, einstudirt von Hofballetmeister Rothner. Anfang 6 Uhr.

Stadtgartentheater Karlsruhe.

Sonntag, den 20. März. 8. Vorstellung. **Die Großstadtluft.** Schwank in vier Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 4 Uhr.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Theil: J. Küttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.